Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesendeter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche,
Katharinenstr. 23 part. u. Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 19,750.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unf. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 60 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 299. Mittwoch den 26. October 1887. 81. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Das 41. Stück des diesjährigen **Reichsgesetzblattes** ist bei uns eingegangen und wird bis **zum 19. November dss. Js.** auf dem Rathhaussaale zur Einsichtnahme öffentlich ausliegen.

Dasselbe enthält:

Nr. 1752. Bekanntmachung, betreffend die Einfuhr von Pflanzen und sonstigen Gegenständen des Gartenbaues. Vom 20. October 1887.

Leipzig, den 24. October 1887.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Krumbiegel.

Gewölbe-Vermiethung.

Das z. Z. an Herrn Korbmachermeister August Schumpelt vermiethete **Verkaufsgewölbe** im Erdgeschosse des der hiesigen Stadtgemeinde gehörigen **Alten Nicolaischulgebäudes**, Nicolaikirchhof Nr. 13, soll am **1. April k. J.** an gegen **einhalbjährliche Kündigung**

Mittwoch, den 2. November d. J.
Vormittags 11 Uhr

auf dem Rathhause 1. Etage, Zimmer Nr. 16, an den **Meistbietenden** anderweit **vermiethet** werden.

Ebendaselbst auf dem großen Vorsaale liegen die Vermiethungs- und Versteigerungsbedingungen nebst Inventarium des zu vermiethenden Gewölbes schon vor dem Termine zur Einsichtnahme aus.

Leipzig, den 10. October 1887.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Ia 5541 Dr. Tröndlin. Krumbiegel.

Bekanntmachung.

Der Zutritt zur Galerie in der Aula am 31. dieses Monats ist nur gegen Vorzeigung einer Eintrittskarte gestattet. Da der nur für Damen bestimmte Raum ein überaus beschränkter ist, so können zunächst nur die Damen der Herren Professoren und Docenten und zwar je mit **einer Karte nach der Reihe** der Anmeldung Berücksichtigung finden.

Leipzig, am 25. October 1887.

Der Rector der Universität.
Dr. W. Schmidt.

Bekanntmachung,

die Kirchenvorstandswahl in der Matthäigemeinde betreffend.

Nachdem auf Grund gleichzeitiger Anmeldung zur Ergänzungswahl die ausgestellte Liste der stimmberechtigten Mitglieder der Matthäikirchen-Parochie geprüft worden ist, wird dieselbe zum Behuf etwaiger Reclamationen am 27. und 28. October d. Js., **Vormitt. von 8—12 Uhr und Nachmitt. von 2—6 Uhr**, öffentlich in der Expedition der Matthäikirche ausgelegt.

Leipzig, am 24. October 1887.

Der Kirchenvorstand zu St. Matthäi.
D. Kirchhof.

Versteigerung.

Freitag, den 28. October, Vormittags 9 Uhr, werden im Postgebäude am Augustusplatz (Eingang Poststraße, 3 Treppen links) **verschiedene in unbestellbaren Postsendungen enthalten gewesene oder in Postwagen u. s. w. aufgefundene Gegenstände, u. A. Neujahrskarten, alte Kleidungsstücke, Regenschirme, Stöcke u. s. w., gegen sofortige Bezahlung öffentlich versteigert.**

Leipzig, 25. October 1887.

Der kaiserliche Ober-Postdirector.
Walter. B.

Nichtamtlicher Theil.

Die Eröffnung der bulgarischen Sobranje.

Die bulgarische Volksvertretung ist auf den 27. October einberufen und beginnt ihre Arbeiten unter verhältnißmäßig günstigen Aussichten. Daß die russische Regierung die Thätigkeit einer Volksvertretung nicht mit freundlichen Augen ansehen kann, in welcher die russischen Bestrebungen kaum zum Ausdruck gelangen werden, ist natürlich, und deshalb wird Niemand an der Ablehnung des „Journal de St. Pétersbourg" Anstoß nehmen. Die russische Regierung betrachtet jede Volksvertretung Bulgariens, welche Rußland feindlich gegenüberstände, als das Ergebniß des auf die Bevölkerung geübten Zwanges, und deshalb nennt es auch die neue Sobranje das Schattenbild einer National-Vertretung, welches nicht zur Lösung der bestehenden Schwierigkeiten beitragen könne. Wunderbar bleibt es immerhin, daß die russische Partei, die doch nach Ansicht der russischen Regierung in Bulgarien überwiegt, nun schon so lange Zeit unterdrückt werden konnte, obwohl die Vertragsmächte das Land sich selbst überlassen und Rußland alles aufbietet, um Bulgarien für seine Zukunftspläne zu gewinnen.

Mehr Beachtung als der Artikel des „Journal de St Pétersbourg" verdient eine Kundgebung des Brüsseler „Nord", in welcher die Absicht Rußlands ausgedrückt wird, fortan jede Thätigkeit in Bulgarien aufzugeben. Rußland habe in nächster Zeit eine so bedeutende civilisatorische Aufgabe in Centralasien zu erfüllen, daß es gegenüber europäischen Angelegenheiten zweiten Ranges keine weitere Aufmerksamkeit mehr zuwenden könne. Eine ernste Durchführung der russischen Politik in Bulgarien müßte Rußlands Zukunft in Centralasien gefährden, die Erschließung Bokharas und Samarkands für die Civilisation sei eine wichtigere Aufgabe für die russische Politik. Man erkennt aus diesen lahmen Ausflüchten mit Leichtigkeit, daß die Trauben in Bulgarien für den russischen Fuchs sauer sind, Rußland würde Bulgarien sicherlich nicht der eigenen Entwickelung überlassen, wenn nur die geringste Hoffnung für den Sieg der russischen Politik bestände. Mit dem Ergebniß der Wahlen vom 9. October hat endlich in Rußland die Ueberzeugung die Oberhand gewonnen, daß vorläufig in Bulgarien nichts zu machen ist und daß es deshalb besser erscheint, die öffentliche Aufmerksamkeit nach einer anderen Richtung hin abzulenken, als der Welt fort und fort das Schauspiel einer sich vergeblich um die Erwerbung eines Landes von wenigen Quadratmeilen abmühenden Großmacht von der Bedeutung Rußlands zu geben. Freilich ist es für Rußland leichter und ungefährlicher, seinen Machtbereich auf Bokhara und Samarkand auszudehnen, als die Bulgaren unter das russische Joch zu zwingen, aber die Früchte dieses Erfolges würden für Rußland werthvoller sein.

Man darf sich also allmälig mit dem Gedanken vertraut machen, daß die bulgarische Frage in nicht zu langer Zeit von der Tagesordnung der europäischen Entwickelung verschwinden wird, es sei denn, daß irgend eine Ueberraschung vorbereitet wird, welche diese Frage aufs Neue an die Spitze der politischen Tagesordnung Europas bringt. Eine neue Verschwörung in Bulgarien anzuzetteln, dürfte nicht ganz leicht sein, weil der Fürst und seine Regierung die zweifelhaften Bestandtheile der Bevölkerung und der Armee kennen und die nöthigen Maßregeln ergreifen, um sie im Schach zu halten. Der Artikel des „Nord" darf in Anbetracht der neuesten Entwickelung der bulgarischen Angelegenheiten als die Ankündigung einer Wendung zum Besseren aufgefaßt werden. Wenn es dem Fürsten und seiner Regierung gelingt, der Schwierigkeiten im Innern Herr zu werden, dann können sich allmälig der Dauer fähige Zustände in Bulgarien gestalten, und die einzige Schwierigkeit, welche noch zu bewältigen bleibt, ist die Finanzlage. Aber auch diese verliert von Tag zu Tage an Bedenklichkeit, weil das wachsende Vertrauen auf die Lebenskraft der bulgarischen Regierung auch ihre Creditfähigkeit erhöht.

Der Schmerzensschrei, welchen die ministerielle „Swoboda" jüngst an die Türkei und an die Vertragsmächte richtete, ist wohl hauptsächlich in dem Sinne zu erklären, daß Bulgarien einer Stütze bedarf, welche von den Gegnern für stark genug erachtet wird, um Bulgarien ihre Quellen zu erschließen. Das Land hat bisher die Verwaltung aus eigener Kraft geführt, aber unter so überaus schwierigen Verhältnissen bedarf man fremder Hilfe, und diese ist bisher nicht in ausreichendem Maße gewährt worden. Die Türkei hat insofern mittelbar beigesteuert, als sie, die selbst an fortdauerndem Geldmangel leidet, auf Zahlung des Tributs stillschweigend Verzicht geleistet hat, aber Anleihen in England, Oesterreich oder Frankreich, für welche die bulgarische Regierung alle Hebel in Bewegung gesetzt hatte, sind bisher nicht zu Stande gekommen. Das ist eine sehr ernste Sache, und wenn die finanzielle Schwierigkeit für das Land nicht verhängnißvoll werden soll, so muß sie möglichst schnell beseitigt werden.

Die bulgarische Volksvertretung ist bisher immer mit so wichtigen, entscheidenden und grundlegenden Existenzfragen beschäftigt gewesen, daß sie nicht dazu gekommen ist, sich mit den nothwendigen Verbesserungen der bulgarischen Verfassung zu beschäftigen, aber in dieser Session wird sie sich dieser Aufgabe kaum entziehen können. Die Vorgänge bei den letzten Wahlen haben gezeigt, daß das Wahlgesetz einer Abänderung dringend bedürftig ist, das Land kann sich nicht dabei beruhigen, daß bei den Wahlen Schlägereien herkömmlich und unvermeidlich sind und daß die in der Mehrheit befindliche Partei die Minderheit ihre Uebermacht fühlen läßt. Es müssen Bürgschaften gegeben werden für den ordnungsgemäßen Verlauf der Wahl, und da, wo eine solche nicht stattgefunden hat, müssen Neuwahlen vorgenommen werden.

Rußland betheiligt sich über die Gewaltthätigkeiten, welche bei den bulgarischen Wahlen ausgeübt würden, und doch ist das heute in Bulgarien geltende Wahlgesetz unter russischer Initiative zu Stande gekommen. Das Wahlgesetz ist eben darauf zugeschnitten, daß die Wahlen nicht frei sein sollen, sondern unter dem Einfluß des jeweiligen Machthabers vollzogen werden. Den ersten im Wahllocal erscheinenden 50 Wählern steht das Recht zu, das Wahlbureau zu bilden, und darüber zu wachen, daß dabei keine Unregelmäßigkeiten vorkommen, ist allein Sache des vom Präfecten bestimmten Mitglied des Gemeinderaths. Daß dieses Recht auf Täuschung beruht, haben die Vorgänge in einer Reihe von Wahlbezirken wie in Plewna, Orchowitza u. s. w. bewiesen. In einigen Wahlbezirken ist überhaupt keine Wahl zu Stande gekommen, in anderen ist die bereits geschehene Wahl gewaltsam vernichtet worden. Aus diesen Erfahrungen ist zu entnehmen, daß Regierung und Gemeinde gleicherweise bei Bildung der Wahlbureaux betheiligt werden müssen. In einem so neuen und unfertigen Staatswesen kann die Betheiligung der Regierungsgewalt beim Wahlacte, soweit die Formen in Betracht kommen, nicht entbehrt werden, es kann nicht der Willkür einer Anzahl Wähler, die zufällig zuerst am Platze sind oder sich mit Gewalt den Zutritt zum Wahllocal verschafft haben, überlassen bleiben, das Wahlbureau zu bilden.

Diese wichtige Angelegenheit ist bisher nicht zur Sprache gekommen, weil es sich in Bulgarien seit länger als zwei Jahren lediglich um Sein oder Nichtsein handelte. Daß die öffentliche Aufmerksamkeit auf solche Uebelstände gelenkt wird, ist schon ein gutes Zeichen; man erkennt daraus, daß die Existenzfrage nicht mehr die alleinige Frage ist, auf welche man eine Antwort erwartet, sondern daß man auch sehen auf die Bedingungen, unter welchen sich das Dasein gestaltet. Werth legt, Fürst Ferdinand hat in dieser Beziehung bemerkenswerthe Anfänge geschaffen. Er hat dem Führer einer Partei Gehör gegeben, welcher die Abänderung der Verfassung für unerläßlich erklärt im Gegensatz zu den Männern, welche gegenwärtig an der Spitze stehen. Stambulow hat gewiß ebenso beachtenswerthe Gründe für seine Meinung geltend zu machen wie Natoslawow, aber es erscheint nothwendig, daß über eine so grundlegende Frage nicht ohne Weiteres hinweggegangen, sondern daß darüber verhandelt und berathen wird. Die Opposition ist zwar in der Sobranje in der verschwindenden Minderheit, aber sie ist doch in der Lage, ihre Ansichten vorzutragen, und da der Fürst erklärt hat, daß er über den Parteien stehe und zufrieden sei, wenn alle Parteien im Lande den Fürsten anerkennen und die Unabhängigkeit von Rußland als erste Bedingung für die Wohlfahrt des Landes betrachten, so ist der Vertretung verschiedener Meinungen in der Sobranje volle Freiheit gegeben. Wir dürfen demgemäß interessanten Erörterungen in der bulgarischen Sobranje entgegensehen. *

Leipzig, 26. October 1887.

* Wie die „National-Zeitung" zuverlässig vernimmt, hat Prinz Wilhelm aus Bayern befriedigende Nachrichten über das derzeitige Befinden des Kronprinzen überbracht. Ueberall in Deutschland wird man sich in der Hoffnung und dem Wunsche vereinigen, daß die Besserung anhalten und bald zur vollständigen Genesung führen möge.

* Aus Anlaß der Allerhöchsten Verordnung vom 25. Mai 1887, betreffend die Einrichtung einer ärztlichen Standesvertretung, macht der preußische Kriegsminister im Armee-Verordnungsblatt bekannt, daß den Militairärzten die Theilnahme an derselben gestattet ist. Seitens der Sanitätsofficiere des Friedensstandes würde jedoch die Annahme einer auf sie entfallenden Wahl zur Aerztekammer von der einzuholenden Erlaubniß des zuständigen Corps-Generalarztes bez. des Generalstabsarztes der Armee abhängig zu machen sein. Militairärzte des Friedensstandes unterliegen in diesem Falle den Disciplinarbefugnissen des Vorstandes der Aerztekammern.

* Der „Reichsanzeiger" enthält folgende Bekanntmachung: Auf Grund des §. 13 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Socialdemokratie vom 21. October 1878 wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die Nr. 248 vom 23. October 1887 der hierselbst im Verlage von Max Lading erscheinenden periodischen Druckschrift: „Berliner Volksblatt, Organ für die Interessen der Arbeiter" — nach § 11 des gedachten Gesetzes durch den Unterzeichneten von Landespolizeiwegen verboten worden ist.

Berlin, den 24. October 1887.

Der Königliche Polizei-Präsident.
Freiherr von Richthofen.

* Der seit dem Tode des Herrn von Barr-Breitenfeld vacante Posten des württembergischen Gesandten in Berlin ist nunmehr wieder besetzt, und zwar ist für denselben die Ernennung des Flügeladjutanten Obersten Grafen v. Zeppelin vollzogen worden. Diese Regelung der Angelegenheit galt schon lange für sicher. Graf Zeppelin steht der Person Sr. Majestät des Königs Karl nahe und hat sich während seiner Dienstleistung als württembergischer Militairbevollmächtigter und als interimistischer Leiter der Gesandtschaft in Berlin auch dort viele Sympathien erworben, so daß er auch am dortigen Hofe eine sehr beliebte Persönlichkeit ist. Es mag übrigens dem Grafen Zeppelin nicht leicht geworden sein, dem Soldatenstande, dem er mit Leib und Seele angehört, Valet zu sagen, und man glaubt auch nicht, daß er es für immer gethan hat. Graf v. Zeppelin gilt als einer der schneidigsten Reiteroffiziere Württembergs.

* * *

* In Nordböhmen herrscht allenthalben große Beunruhigung über die Gerüchte, wonach die österreichische Regierung eine Decentralisation des gewerblichen Schulwesens bewilligt habe und insbesondere in Böhmen einen besonderen Betrieb für das Gewerbeschulwesen zuschaffe. Man befürchtet von der Errichtung eines Gewerbeschulrathes in Prag (der zur Beseitigung der Excesse ins Leben treten soll), daß man dem hochentwickelten Industrial-Gewerbeschulwesen in den deutschen Theilen Böhmens nicht vollständig und unparteiisch gerecht werden wird. Deutschböhmische Abgeordnete aus dem hochentwickelten Industriegebiete haben dieserhalb auch die Regierung interpellirt. Bisher war das Gewerbeschulwesen in Oesterreich auch zur Zufriedenheit der Deutschböhmen, die ja mehrere Fach- und Gewerbeschulen ersten Ranges besitzen, von der Centralstelle Wien geleitet. Daß man bei der Errichtung eines Sonder-Gewerbeschulrathes für Böhmen, in dem nach der gegenwärtigen Sachlage der czechische Einfluß überwiegen müßte, keine gerechte und objective Behandlung deutscher Gewerbeschulen und ihrer Bedürfnisse erwartet, ist nur zu natürlich. Es ist eine Sache von einschneidender materieller Bedeutung, gegen die man sich in Nordböhmen wehrt.

* Die gesammte russische Presse beschäftigt sich lebhaft mit der Krisis, die in Oesterreich infolge des böhmischen Schulconflictes ausgebrochen ist. Alle Blätter nehmen in leidenschaftlicher Weise für die Jungczechen Partei, so daß man ganz den Eindruck gewinnt, als handle es sich um eine Frage innerer russischer Politik. In der That gewinnt auch die griechisch-orthodoxe und nationalrussische Agitation täglich an Boden, so daß, wenn dem Triumphgeschrei der panslawistischen Blätter Glauben geschenkt werden dürfte, die Früchte schon reif zum Pflücken wären. Das faule Oesterreich, der Krachnam, mit dem man sich nicht verbinden darf — so lauten die Schlagworte, welche heute durch die russische Presse gehen. Es scheint demnach, daß das ursprünglich auf Abwehr des russischen Panslawismus zielende System Taaffe sich gegen den Meister zu wenden beginnt. Bedenklich erscheint namentlich das mehr als verschämte Liebäugeln der Czechen nach Rußland hin. Gleichzeitig findet eine Verstärkung der orthodoxen Agitation in Litthauen statt, die namentlich in einer Reise des Oberprocurators des Heiligen Synod, Pobedonoszew, nach Wilna ihren Ausdruck fand. In den Ostseeprovinzen aber geht die Zersetzung des deutschen Schulwesens und der lutherischen Kirche ihren Weg weiter. Der letzte officielle Bericht über die 1886 in Kurland stattgefundenen Uebertritte zur griechischen Kirche giebt 1081 Seelen als Gewinn an. In Oesel hat der Großfürst Wladimir das Protectorat über die dortige orthodoxe Brüderschaft übernommen und in Estland arbeiten zur Zeit zwei Expropriationscommissionen, um für neu gegründete russische Kirchen Land einzuschätzen und einzuziehen. Auch ist an alle russischen Klöster erster Ordnung die Aufforderung ergangen, die neuen griechischen Kirchen mit Heiligenbildern, Kränzen, Büchern, Geräth u. dergl. zu versorgen. Es ist eben überall dieselbe Methode, mit der dasselbe Ziel verfolgt wird.

* Der telegraphisch bereits signalisirte Artikel der „Nordd. Allgemeinen Zeitung", betreffend die in Belgien beantragte Agitation gegen die Krupp'schen Geschütze, lautet wie folgt:

In französisch-belgischen Zeitungen wird die Frage der Armirung der neuen großen Maas-Befestigungen bei einiger Zeit in deutschfeindlichem Sinne erörtert. Man weiß, daß die belgische Regierung die Absicht hat, diese Befestigungen mit deutschen Geschützen ausgerüsten und vor zur Vermehrung ihrer Feld-Artillerie erforderlichen Kanonen bei Krupp zu bestellen. Dem gegenüber weisen die Zeitungen darauf hin, daß die französische De Bange-Kanone der Krupp'schen bei Weitem vorzuziehen, daß es unter allen Umständen aber nicht zu verantworten sei, die in Rede stehenden Bestellungen auf Artilleriematerial der inländischen, d. h. der belgischen Industrie zu entziehen. Daß Belgien zur Zeit eine ernstzunehmende Fabrik für Geschützmaterial überhaupt nicht hat (denn die Cockerill'sche Fabrik hat erst einige Versuchsgeschütze nach Krupp'schem Modell angefertigt), und daß es gegenwärtig nicht angezeigt ist, viel Zeit durch Experimente zu verlieren, wird überdies verschwiegen. Die Vorzüglichkeit der französischen De Bange-Kanone wird immer wieder unter Bezugnahme auf die auch in unserer Zeitung hierüber gepflogenen Verhandlungen behauptet, dabei aber unbeachtet gelassen, daß sich seit dieser lebhaften Debatte noch kein Staat wieder hat bereit finden lassen, die De Bange-Kanone bei sich einzuführen. Abgesehen von einer schon vor längerer Zeit von Mexiko ertheilten Bestellung, ist die letzte, durch das Comptoir d'Escompte vermittelte Bestellung vielmehr bisher die einzige gewesen, welche De Bange überhaupt erhalten hat. In Anbetracht dieser Sachlage ist es von Interesse, die Verhandlungen, welche im belgischen Senate am 24. Juni d. J. stattgefunden haben, zu lesen. In der Sitzung von diesem Tage hat der belgische Kriegsminister Brialmont Veranlassung genommen, sich über die belgische Artilleriefrage zu verbreiten, und, wie er selbst sagt, den Tadel, welchem in letzter Zeit die belgische Artillerie ausgesetzt gewesen ist, ein für alle Mal entgegenzutreten. Bei uns in Deutschland ist es bekannt, daß an der Spitze der belgischen Artillerie ein Mann von hoher Fähigkeit und Sachkenntniß steht, der Generallieutenant Neuzie, welcher mit Fug und Recht für sich persönlich das Verdienst in Anspruch nehmen kann, die belgische Artillerie auf den anerkannt guten Stand, auf dem sie sich befindet, gebracht zu haben. Er war es, gegen den sich die Angriffe in der belgischen Presse vorzugsweise richteten, deshalb erklärte der Kriegsminister in der gedachten Sitzung, daß er es sich zur Pflicht mache, diesen hohen Officier zu rechtfertigen, der, wie der Minister wörtlich sagte, seiner Waffe zur Ehre gereiche und dessen unermüdlicher Initiative und beherrschender Ausdauer zum größten Theile der Auf zu verdanken sei, welchen die belgische Artillerie in Europa genießt. Im Verfolg seiner Ausführungen giebt der belgische Kriegsminister, General Pontus, welchem selbst eine außergewöhnliche Sachkenntniß in Artilleriefragen nachgerühmt wird, interessante Mittheilungen über den heutigen Stand der Artilleriefrage in Belgien, aus welchen sich ergiebt, daß Belgien eine vorzügliche, aus Krupp'schen Geschützen bestehende Feldartillerie besitzt, mit allem sonstigen Kriegsmaterial, insbesondere auch mit Munition ausreichend ausgerüstet ist und in Beziehung auf Festungsartillerie auf dem besten Wege ist, den ohnehin schon vorhandenen großen Park an älteren Kanonen und Mörsern großen Kalibers durch eine bedeutende Zahl von Krupp'schen Stahlkanonen zu verstärken. Es würde zu weit führen, auf das Detail der Ausführungen des Herrn Kriegsministers hier des Weiteren einzugehen, wir irren wohl aber nicht, wenn wir glauben, daß die in Belgien neuerdings geflissentlich gepflegte Feindseligkeit gegen das Krupp'sche Schießmaterial mit denjenigen Tendenzen in Zusammenhang steht, welche Deutschland als Feind Belgiens zu bezeichnen gewohnt sind und von Deutschland eine Verletzung der belgischen Neutralität zu befürchten vorgeben.

* In einer mit Zeichnungen versehenen Pariser Halbmonatsschrift „Revue Illustrée" hat der vielgenannte Entenzüchter Oppert-Cohn aus Blowitz sich an eine Schilderung der Erscheinung und der Wirksamkeit des Fürsten Bismarck gewagt. Das ist eine recht lustige Arbeit geworden, von deren geistigem Werthe man sich eine Vorstellung machen kann, wenn man erfährt, daß in ihrem ersten Satze Bismarck der Rübezahl genannt ist, dessen Hohnlachen in den Rheinthälern lauten Widerhall weckt! An der körperlichen Erscheinung des Fürsten Bismarck versucht der französische Sohn des Böhmerlandes seinen Sprachwitz, findet dann, daß der deutsche Kronprinz weder Staatsmann noch Soldat sei und daß Bismarck eigentlich Deutschland unglücklich gemacht habe, indem er München sein künstlerisches Scepter, Weimar seine literarische Krone, Dresden seinen industriellen Reiz geraubt habe! Herr von Blowitz kennt seine heutigen Franzosen.

* Von englischer Seite ist am Sonnabend die Publication des Wortlautes der Convention, betreffend das literarische Eigenthumsrecht, erfolgt, welches bekanntlich die Unterschriften Deutschlands, Englands, Frankreichs, Spaniens, der Schweiz, Tunis und Liberias trägt. Die Convention tritt am 5. December in Kraft und wird ohne Zweifel den legitimen Bestrebungen auf literarischem Gebiete ungemeinen Vorschub leisten. Sie stellt die Autoren eines jeden der Vertragsländer hinsichtlich des Eigenthums- und Verlagsrechts ihrer Geistesproducte den Autoren der übrigen Vertragsländer durchaus gleich, so daß, um ein praktisches Beispiel anzuführen, ein deutscher Romanschriftsteller fortan in der Lage ist, seine Werke unter denselben Bedingungen in England, Frankreich ꝛc. der Oeffentlichkeit zu übergeben, wie es mit den Werken seiner dortigen Collegen der Fall ist. Ihre vollen Wirkungen wird die Convention freilich erst nach dem Hinzutritt der noch fehlenden Culturvölker entfalten können.

* In Pietermaritzburg am 20. October angekommene Boten überbrachten an Sir Arthur Hyvelock einen Brief von Tinizulu, in welchem derselbe seine früheren Beschwerden wiederholt und über die Zululand-Niederlassung Unzufriedenheit ausdrückt. Sir Arthur antwortete, daß Dinizulu jetzt ein britischer Unterthan sei und dem britischen Gesetze gehorchen müsse. Die neuesten Berichte aus Zululand sind beunruhigender Natur und besagen, daß Dinizulu sich fortgesetzt widerspänstig zeige. Drei weitere Abtheilungen Dragoner haben Marschbefehl nach Zululand und auch Sir Arthur Havelock wird sich in Kurzem dorthin begeben, um einen allgemeinen Ueberblick von der Lage zu gewinnen.

* Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erklärt, der Bericht des „New York Herald" über Ausschreitungen deutscher Marinesoldaten in Apia sei unwahr und eine theils böswillige, theils alberne Erfindung. Die deutschen Marinesoldaten haben am 24. August nur die Umgebung des Regierungsgebäudes in Mulinu besetzt und zum Schutze der weißen Einwohner eine Sicherheitswache nach Apia gelegt. Jede Störung der Fremden und friedlichen Eingeborenen ist sorgfältig vermieden worden. Die Wache konnte, da keinerlei Beunruhigung der Bevölkerung bemerkbar war, schon am 25. wieder eingezogen werden. In Apia war der Verkehr nur eine Stunde theilweise gesperrt. Die Behauptung, daß die Lage in Samoa dadurch sich verschlimmert habe, sei durch die inzwischen ohne jede Gewaltthat erfolgte Auslieferung Mataafa's und die Anerkennung Tamasese's widerlegt.

Die Krisis in Oesterreich.

* Der gegenwärtigen Krisis in Oesterreich wird, so scheint es, in einem Theile der deutschen Presse ein Gewicht beigelegt, welches sie nicht verdient. Die Mehrheit im österreichischen Reichsrath ist eine Handelsgesellschaft; so lange sich deren Gesellschafter im Großen einig erwiesen haben, so lange haben sie die österreichische Regierung nach sich gezogen. Dies wird auch unzweifelhaft in der vorliegenden Streitfrage geschehen. Nicht darum handelt es sich, ob die Regierung den Erlaß des Cultusministers Gautsch voll zurücknehmen soll oder nicht, sondern es handelt sich um ein Compromiß. Die Taktik der gegenwärtigen Reichsrathsmehrheit ist wesentlich verschieden von der Taktik der österreichischen Reichsrathsmehrheit unter dem Grafen Hohenwart. Damals arbeitete man auf den Sturz der österreichischen Verfassung hin, indem man einen Sturmlauf gegen sie organisirte, heute proclamirt man den Grundsatz des Durchlöcherns. Man geht Schritt für Schritt vor und fordert das Doppelte, um die Hälfte zu erlangen. Der ganze Sturm gegen den Minister Gautsch ist nichts als eine erneute Auflage des Kampfes gegen den Minister Conrad, den Vorgänger des Herrn v. Gautsch im Unterrichtsministerium.

SLUB
Wir führen Wissen.